

Vorarlberger Landtag.
12 Sitzung
mit 8. März 1907

unter dem Vorsitze des Herrn Landeshauptmanns Adolf Rhomberg

Gegenwärtig 22 Abgeordnete. - Abwesend die Herren: Hochwst. Bischof Vr.
Zobl und Abgeordneter Dr. Schneider.

Regierungsvertreter:

Herr k. k. Hofrat Levin Graf Schaffgotsch.

Beginn der Sitzung um 3 Uhr 43 Minuten nachmittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige

Sitzung für eröffnet und ersuche um Verlesung
des Protokolls der letzten Sitzung.
(Landrat v. Ratz verliest dasselbe.)

Hat einer der Herren eine Einwendung gegen
die Fassung des Protokolls zu erheben? -

Wenn dies nicht der Fall ist, betrachte ich dasselbe. als genehmigt.

Wir kommen zur Tagesordnung. Auf derselben
steht als erster Gegenstand die Regierungsvorlage
betreffend einen Gesetzentwurf
über die Körung von Privathengsten.

Ich habe veranlaßt, daß diese Vorlage in
Druck gelegt und als Beilage 49 den Herren verteilt
wird. Ich glaube daher, in bezug auf die
formelle Behandlung den Antrag stellen zu können,
daß dieser Gegenstand dem
landwirtschaftlichen Ausschusse zur Vorberatung überwiesen
werde. Wird eine Einwendung dagegen erhoben?

Es ist nicht der Fall.

Der zweite Gegenstand! der Tagesordnung ist
der Bericht des Landesausschusses in
Sachen der Fortsetzung der Aufforstungsarbeiten
am Arlberg durch
weitere Übernahme des hiez zu seitens
der Fraktion Stuben geleisteten
Betrages auf das Land.

Ich bitte den Herrn Landeshauptmannstellvertreter,
das Präsidium zu übernehmen.

(Der Landeshauptmannstellvertreter übernimmt
das Präsidium.)

Landeshauptmann-Stellvertreter: Der Herr

Landeshauptmann ist Berichterstatter in dieser
Angelegenheit, ich erteile ihm das Wort.

12. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

Rhomberg: Der Bericht des Landesausschusses ist schon seit einigen Tagen in den Händen -er Herren Abgeordneten, ich kann daher von einer Verlesung desselben Umgang nehmen und beschränke mich auf einige kurze Bemerkungen als Erläuterungen zu demselben. Es ist im vorliegenden Berichte über die Ausforstungsarbeiten und die Fortsetzung derselben im Gebiete von Stuben nicht jener Betrag ins Auge gefaßt, den der hohe Landtag für eine Reihe von Jahren beim Beginn der Aufforstungen votiert hat. Dieser Betrag von jährlich 96 K ist erst im Jahre 1910 als Termin für -die Bezahlung erloschen. Hier handelt es sich vielmehr um die Übernahme jenes Aequivalents, welches die Interessenten der Parzelle Stuben bei der betreffenden kommissionellen Verhandlung im Jahre 1891 zugesichert haben, welches Aequivalent die Parzelle dann, wie im Berichte erwähnt, schon nach wenigen Jahren nicht mehr zu leisten imstande war. Deshalb hat damals das Land durch einen eigenen Landtagsbeschluß vorn 19. Januar 1894 auch diesen Betrag für eine Anzahl von Jahren (10 Jahre) auf sich genommen. Dieser Termin ist nun abgelaufen und es handelt sich um die weitere Übernahme dieses Äquivalents, welches die Interessenten der Parzelle Stuben früher übernommen hatten, auf das Land. Die Aufforstung ist nach dem Berichte der k. k. Bezirkshauptmannschaft Bludenz und nach teilweiser eigener Wahrnehmung trotz der eminenten Schwierigkeiten, welche derselben infolge der klimatischen Verhältnisse und der rauhen Lage entgegenstanden, doch in recht befriedigender Weise fortgeschritten. Es wurden zuerst in jenem Walde, welcher oberhalb des Tunnels von Langen sich erhebt, die Blößen aufgeforstet, nachdem zu allererst einige Jahre hindurch eine große Anzahl von Pflanzen in eigens dort errichteten Pflanzgärten für das dortige Klima erzogen worden waren.

Im Anschluß an diesen Wald wurde dann auf der Stubiger Alpe, die sich bis zur Ortschaft Stuben selbst hinzieht, eine Reihe von Flächen der Aufforstung unterzogen. Wenn man bedenkt, wie kurz in diesen Gegenden die Sommerszeit sich gestaltet, wie im Winter riesige Schneemassen und Lawinen zutage treten und wie auch die Witterungsunbill den Pflanzen außerordentlich schadet, so muß man sehr froh sein, daß das bisherige Resultat ein sichtbares ist. Dasselbe wäre trotzdem beinahe gegenstandslos zu nennen, wenn nicht die Aufforstungen noch durch längere Zeit fortgesetzt würden. Erst dann wird es möglich sein, einen Überblick über das Ganze zu gewinnen

und mit der Zeit auch einen Waldstand

zu sichern. Daß eine Aufforstung ein günstiges Resultat auch in sonst sehr wilden Gegenden haben kann, beweist die Aufforstung der Staatsbahn an den Lehnen des Blisadonnatobels, wo nicht bloß für den Lawinenschutz eigene Verflechtungen und Bauten hergestellt wurden, sondern wo auch in großer Höhe bei stark abschüssigem und schlechtem Terrain bis dato mit einigem Erfolg eine Aufforstung mit Ahornpflanzen erreicht wurde. Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Klostertal durch die totale Abholzung des Arlberges und der benachbarten Lehnen, wie sie in frühern Jahrhunderten erfolgt ist, ein viel schlechteres Klima bekommen hat, als es früher gewesen ist, und alle jene, die im Klostertale bekannt sind oder in demselben wohnen, wissen vom sogenannten "Heiterer" zu erzählen, welcher oft in sehr heftiger Weise die Gegend heimsucht und die Vegetation hemmt. Es ist daher gewiß ein dankenswertes Unternehmen, diese Aufforstungen in systematischer Weise durchzuführen, und daher glaubte der Landesausschuß, diesen Antrag dem hohen Hause unterbreiten zu sollen. Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Landeshauptmann-Stellvertreter: Ich eröffne über den Bericht und den Antrag die Debatte. Wer wünscht das Wort? -

Wenn sich niemand meldet, kann ich zur Abstimmung schreiten; ich bitte die Herren, die dem Antrage zustimmen, sich zu erheben.

Einstimmig angenommen.

(Der Landeshauptmann übernimmt wieder das Präsidium.)

Landeshauptmann: Wir kommen zum dritten

Gegenstände der Tagesordnung: Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch der Gemeinde Vandans um Bewilligung einer Subvention zu den Kosten der Eisenbahnzufahrtstraße.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abg. Thurnher. Ich erteile ihm das Wort.

Thurnher: Der gedruckte Bericht liegt erst seit kurzem vor, ich werde ihn daher verlesen.

(Verliest Bericht und Antrag aus Beilage 41.)

Ich habe dem nichts mehr beizufügen, sondern ich bitte um Annahme des Antrages.

Landeshauptmann: Wünscht jemand zum

Bericht und Antrag das Wort zu nehmen? -

12. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode
1906/7.

103

Wenn dies nicht der Fall ist, schreite ich zur
Abstimmung.

Ich ersuche jene Herren, welche dem Antrag
zustimmen, sich gefälligst zu erheben.

Angenommen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der
Tagesordnung: Bericht des Volkswirtschaftlichen Ausschusses
über den Antrag der Herren Abg. Thurnher und
Genossen in Sachen des Verhältnisses
Österreichs zu Ungarn.

Zum Berichterstatter in dieser Angelegenheit
hat der volkswirtschaftliche Ausschuß den Herrn
Abg. Thurnher gewählt. Ich ersuche ihn, das Wort zu nehmen.

Thurnher: Bei der Wichtigkeit der Sache

glaube ich, daß ich den Wortlaut des Berichtes
dem hohen Hause zur Verlesung bringen muß.

(Liest Bericht und Antrag aus Beilage 47.)

Zu diesem Berichte des volkswirtschaftlichen
Ausschusses habe ich nur noch wenig zu beifügen:

Ich habe in der Session des Jahres 1896
anlässlich der Begründung eines von mir und
einer großen Anzahl anderer Abgeordneten in
Angelegenheit des österreichisch-ungarischen Ausgleichs
eingebrachten Antrages darauf hingewiesen,
daß alle patriotisch gesinnten Österreicher
den im Jahre 1867 abgeschlossenen
ersten Ausgleich mit tiefem Bedauern und mit
großer Besorgnis für die Zukunft der Monarchie
zur Kenntnis genommen haben und daß
die Zeitgenossen jenem Staatsmann, der am
meisten dazu beitrug, daß die Forderungen der
Ungarn in solchem Ausmaße berücksichtigt wurden,
nämlich dem Grafen Beust den nicht gerade
schmeichelhaften Titel, der "Totengräber Österreichs" beilegte.

Es ist damals bei den Beratungen des Landtages
vorn Jahre 1896 die finanzielle Benachteiligung
Österreichs durch den Ausgleich eingehend
erörtert worden. Es wurde hingewiesen
auf die ursprüngliche Quote von 70:30, auf die
Verwendung der Zolleinnahmen zu den gemeinsamen
Angelegenheiten, was hinsichtlich dieser
Post einer Belastung unserer Reichshälfte im Verhältnis
von 86:14 gleichkommt, auf die geringen
Beiträge Ungarns zur Tilgung der gemeinsamen

Staatsschuld, nämlich 3 Millionen Kronen pro Jahr, auf die verhältnismäßig ebenfalls geringe Summe von 60 Millionen, die Ungarn pro Jahr für Verzinsung der allgemeinen Schuld übernahm usw.

In dem dem hohen Hause jetzt vorliegenden Berichte wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die Art und Weise der Handhabung der Ausgleichspunktationen seit jeher eine unsere Reichshälfte schädigende war. Diese Handhabung bzw. Durchführung der Ausgleichsbestimmungen dürfte wohl noch mehr zur Aufregung, Unzufriedenheit und Erbitterung der Bevölkerung beigetragen haben als der uns schädigende Inhalt der abgeschlossenen Ausgleiches selbst.

Seit der ersten Behandlung der Ausgleichsangelegenheit in unserm Landtage haben sich die Verhältnisse nicht gebessert, sondern sicher noch verschlechtert. Alle seither gepflogenen Verhandlungen haben bisher zu keinem Abschlüsse geführt; die jetzt ans Ruder gekommene Kossuthpartei, genannt Unabhängigkeitspartei, arbeitet planmäßig und unentwegt an der Trennung, angeblich zwar nur auf wirtschaftlichem Gebiete, in Wahrheit aber an der vollen Losreißung Ungarns von der Monarchie. Rüttelt diese Partei ja sogar mit frevelnder Hand an den Grundlagen des pragmatischen Verhältnisses der beiden Reichshälften. Dieses ohnedem nicht zu starke Band soll zerrissen werden und die schon weithin sichtbaren Spuren der darauf hingerichteten Arbeit zeigen sich in den ungestümen Forderungen nach einer eigenen Armee und einer Änderung der Vertretung der Monarchie nach Außen, und würden sicher bis zur vollen Lostrennung Ungarns von der Monarchie fortgesetzt werden.

So weit darf es aber nicht kommen; ein zweites Norwegen darf nicht erstehen. Wir müssen den Spieß, der gegen uns gerichtet ist, umdrehen. Durch das frevelhafte Attentat Ungarns auf die Gesamtmonarchie, durch das Hinarbeiten auf Verletzung, ja Vernichtung der das pragmatische Verhältnis regelnden Normen beraubt sich Ungarn selbst, wie bereits im Berichte ausgeführt ist, seiner ihm durch den Ausgleich und die 1867er Gesetze gewährleisteten, verfassungsmäßigen Rechte, indem es die zu Recht bestehenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen brechen will, vielleicht auch wirklich bricht und sich dadurch in ein Chaos der Rechtslosigkeit stürzt. Wenn Ungarn die einen Teil seiner Verfassung bildenden 1867er Gesetze selbst nicht einhalten will oder nicht einhalten sollte, so kann es auch von keinem andern Faktor verlangen, daß er dieselben einhalte oder gar andere einseitig an deren Stelle gesetzte Bestimmungen anerkenne.

Zweifellos würde eine solche durch Ungarn geschaffene Lage dem Gesamtreiche die tiefsten Wunden schlagen, ja verhängnisvoll für dasselbe werden,

aber die schwersten Wunden würde sich Ungarn gewiß selbst beibringen.

104

12. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode
1906/7.

Wir Vorarlberger und mit uns viele Tausende von patriotisch gesinnten Österreichern stimmen nicht in den Ruf ein: "Los von Ungarn", sondern wir fordern einen festem Zusammenschluß der beiden Reichshälften auf gerechter dauernder Grundlage.

Wer sich der Aufrechthaltung der Integrität der Gesamtmonarchie entgegenstellt, wer die diese Integrität schützenden Gesetze zu beseitigen sucht oder beseitigt, der ist ein Feind unserer alten, ehrwürdigen, an Kraft und Siegen reichen Habsburgermonarchie und soll, wenn Gesetz, Vernunft und der Selbsterhaltungstrieb ihn nicht mehr zu besserer Einsicht führen sollten, auch entsprechend als Feind behandelt werden.

Und nun empfehle ich dem hohen Hause die Annahme des vorliegenden Antrages.

Landeshauptmann: Ich eröffne über den

Bericht und Antrag die Debatte.

Der Herr Abgeordnete Loser hat das Wort.

Loser: Hohes Haus! Wenn ich mich zu dem

in Verhandlung stehenden Gegenstände zum Worte gemeldet habe, so geschah es nicht, um gegen den Bericht und Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses oder gegen die mündlichen Ausführungen des Berichterstatters etwas einzuwenden.

Im Gegenteil, ich bin ganz einverstanden damit, daß die Regierung aufgefordert wird, sich nur auf Verhandlungen einzulassen, die ein langfristiges, auf solider Grundlage aufgebautes und mit sicheren Garantien umgebenes Verhältnis mit Ungarn bezwecken, bei welchen jedoch die Interessen unserer Reichshälfte besser gewahrt werden als bisher.

Und ich möchte nur wünschen, daß die Regierung diese Aufforderung beherzigen und befolgen würde. Denn so wie bisher kann es in Bezug auf das Verhältnis zu Ungarn einfach nicht mehr weiter gehen.

Als im Jahre 1867 über Betreiben der Ungarn und mit Hilfe des damaligen liberalen Ministeriums Beust die Zweiteilung der Monarchie erfolgte, haben weiterblickende Politiker und treue

Patrioten dies sowohl vom staatsrechtlichen als auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus als ein Unglück für das Reich bezeichnet.

Und wer wollte angesichts der unheilvollen innerpolitischen Wirren, in denen wir uns seit Jahr und Tag befinden, behaupten, daß dieses Urteil, insofern es unsere Reichshälfte betrifft, nicht voll und ganz zutreffend tonte?

Schon bei Schaffung des ersten Ausgleiches im Jahre 1867 haben wir besonders dadurch, daß

wir zur Zahlung von 70 Prozent und die Ungarn zu nur 30 Prozent zu den gemeinsamen Ausgaben verpflichtet wurden, bedeutend den Kürzeren gezogen und wir sind seit dort bei der jedesmaligen Erneuerung des Ausgleichs neuerdings übers Ohr gehauen worden.

Ungeachtet des wirtschaftlichen Aufschwunges, der sich in Ungarn vollzogen und mit dem die Herren Magyaren besonders zurzeit der Millenniumsausstellung vor ganz Europa so sehr prunkten, ist dieses Verhältnis im Laufe der Jahrzehnte doch nur um einige wenige Prozente, nämlich 66 zu 34 korrigiert worden.

Hiezu kommt noch die später getroffene Bestimmung, daß sämtliche Zolleinnahmen im Betrage von weit über 100 Millionen Kronen zur Bestreitung der Auslagen für gemeinsame Angelegenheiten verwendet werden, von welchen Zolleinnahmen 86 Prozent in Österreich und nur 14 Prozent in Ungarn eingehen.

Wenn man österreichischerseits dies alles hingenommen hat und wenn weite Volkskreise sich nicht vom Schlagworte des Tages beeinflussen ließen und nicht einstimmten in den von radikaler Seite erhobenen Ruf nach vollständiger Trennung, so hat dies seine gute Begründung.

Dieser Grund liegt in der allgemeinen Erkenntnis, daß die beiden Reichshälften gleichsam von Natur aus aufeinander angewiesen sind, und daß eine völlige Trennung für beide Teile nur von großem Nachteile wäre.

Er liegt in der weiteren Erkenntnis, daß eine vollständige Trennung und die Einführung der Personalunion einer Zertrümmerung des Reiches gleich käme und in späterer Folge einer Aufteilung desselben im Sinne des Programmes der alldeutschen Landesverräter.

Wenn man diese Trennung also aus guten Gründen nicht befürwortet, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß es etwa bei den bisherigen Zuständen "bleiben soll.

Im Gegenteil, und es kommt dies auch im Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses genau zum Ausdrucke.

An Stelle des Ausgleichs soll eilt langfristiges, aus solider Grundlage aufgebautes und mit sicheren Garantien umgebenes Verhältnis treten.

Die Hauptbetonung wird im Hinblick darauf, daß die ungarische Regierung sich wiederholt in rücksichtsloser Weise über die Ausgleichsbestimmungen hinweggesetzt hat, auf die Worte "sichere Garantien" zu legen sein.

Diese Forderung ist im gegenwärtigen Zeitpunkte in Rücksicht auf die interessante politische

12. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

105

Entwicklung in Ungarn doppelt berechtigt, ja sie ist ein Gebot der Notwendigkeit.

Die Einrichtung, daß all die Bestimmungen, die unser ganzes Wirtschaftsleben betreffen, wie die Festsetzung der Quote zu den gemeinsamen Ausgaben, das Zoll- und Handelsbündnis, das Bank-, Tarif- und Veterinärwesen usw. alle 10 Jahre erneuert werden müssen, ist unhaltbar geworden.

Diese Einrichtung bedeutet eine fortdauernde Unsicherheit und eine empfindliche Schädigung unseres gesamten Wirtschaftslebens.

Dazu kommt noch der weitere Umstand, daß die sich alle 10 Jahre wiederholende Neuregelung immer nur mit schweren Opfern und unter Gewährung der bedenklichsten Konzessionen nach mehrfacher Richtung bewerkstelligt werden konnte.

Ich erinnere hier nur an die berüchtigten Sprachenverordnungen des Grafen Badeni, welche so verheerende Wirkungen zur Folge hatten. Diese Sprachenverordnungen unglückseligen Andenkens waren nichts anderes, als eine Konzession, ein Schacherobjekt an die Jungtschechen, um dieselben für die damaligen Ausgleichsvorlagen zu gewinnen.

Womöglich noch größere Konzessionen mußten natürlich auch den Ungarn gewährt werden. Wenn dies aber schon in früheren Zeiten der Fall gewesen ist, um wie viel mehr erst jetzt, da die königlich ungut. Regierung aus den verbissensten Feinden Österreichs zusammengesetzt ist.

Im Reiche der Stephanskronen hat sich nämlich vor nicht gar langer Zeit etwas ereignet, was man eigentlich vor 10 Jahren noch für unmöglich gehalten hätte.

Dem Herrn Franz Kossuth, dem würdigen Sohne des alten 48er Revolutionärs, der sich mit

einigen revoltierenden Adelsgeschlechtern koalitiert hat, ist nämlich die Regierung des Landes übertragen worden. An der Spitze des famosen Koalitionskabinetts steht zwar Dr. Alex. Wekerle, allein die Seele des Kabinetts ist Exzellenz Kossuth. Dieser Mann und seine zweifelhaften Freunde haben es schon zu einer Zeit, als sie noch in der Opposition waren, verstanden, Österreich nicht nur zu verhöhnen (Kossuth nannte es einst eine alte Vettel), sondern auch auf das empfindlichste zu schädigen.

Es ist einleuchtend, daß diese Herrschaften, denen zuliebe man die Gemeinsamkeit Stück für Stück preisgegeben, sowie die Einheitlichkeit der Armee auf das bedenklichste gelockert, nunmehr zur Regierung gelangt, ihre Erpresserpolitik in erhöhtem Maße und mit noch größerem Erfolge fortsetzen. Bekanntlich ist es ihnen denn auch gelungen, an maßgebender Stelle, wo man sich

dieser Erpresserpolitik gegenüber immer schwach gezeigt hat, die Zustimmung zur Einbringung des selbständigen Zolltarifes zu erwirken, was den Sturz des kurzlebigen Ministeriums Hohenlohe zur Folge hatte und sie sind nunmehr auf dem besten Wege, die ungarische Kommandosprache zu bekommen und die Zweiteilung der Armee. Zwar hatte es vor einiger Zeit den Anschein, als ob die Koalitionsherrlichkeit in die Brüche gehen wolle, und daß die Regierung das Feld räumen müsse. Und in jedem andern konstitutionellen Staate wäre die Regierung nach dem widerlichen Polonyi-Skandal, welcher uns in einen Abgrund politischer Verderbtheit schauen ließ, einfach unmöglich gewesen.

Dieser politische Hochstapler Polonyi spielte schon seit langer Zeit eine hervorragende Rolle in der Unabhängigkeitspartei und zählte bekanntlich zu deren Häuptern. Schon vor mehreren Jahren kam er gleichsam als Geschäftsträger der genannten Partei nach Wien, um dort mit der deutschen Volkspartei in bereit Klublokal im Abgeordnetenhaus, sowie später in einem bekannten Wiener Hotel über die Zweiteilung der Armee und Einführung der Personalunion Verhandlungen zu pflegen und er fand bekanntlich dort williges Gehör. Beide Teile, sowohl deutsche Volkspartei als Polonyi, haben den Weg gefunden zu den Höhen der politischen Macht. Polonyi ging zwar vorübergehend noch eine Zeitlang unter die Majestätsbeleidiger, wurde aber bald daraus in den Rat der Krone berufen, wo er als Justizminister und Hüter der Gesetze nicht nur die nichtmagyarischen Nationalitäten drangsalieren, sondern auch das Strafverfahren gegen sich selbst einstellen konnte.

Erst als der Mann zu hohem Amte und Würden

emporgestiegen, lernte man in weitesten Kreisen dessen Vielseitigkeit kennen. Er wurde mit den anrühmlichsten Sachen in Verbindung gebracht und s.hm wurde nachgewiesen, daß er seine öffentliche Stellung in gewissenloser Weise mißbraucht hatte, um für sich materielle Vorteile Herauszuschlagen, ja, daß er ein gewöhnlicher Erpresser sei. Der Mann blieb indessen unverdrossen auf seinem Ministersessel und die übrigen Kollegen im Kabinett erklärten sich mit ihm solidarisch.

Nun drang eine neue ganz niedliche Geschichte in die Öffentlichkeit, deren Mittelpunkt eine Dame aus der Halbwelt bildete, nämlich die bekannte Baronin Schönberger, die früher den reizenden Namen Rosa Wallerstein führte. Es wurde unwiderlegbar nachgewiesen, daß Polonyi mit Wissen und Zustimmung der Exzellenzen Kossuth und Apponyi sich dieser Dame mit ihrem

106

12. Sitzung des Vorarlberger Landtages>. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

bemäkelten Vorleben bediente, um sie als Spionin beim Hof zu verwenden. Es wurde ihr die Aufgabe zuteil, die dort bezüglich der Koalition und deren Forderungen an kompetenter Stelle herrschende Stimmung zu erforschen und die Koalition hierüber auf dem Laufenden zu erhalten. Tatsächlich gelang es diesem Weibe durch ihre Beziehungen, bei Hof Zutritt zu erhalten und sie spielte die ihr zugewiesene Rolle zur Zufriedenheit ihrer Auftraggeber. Dafür wurde sie reichlich belohnt, wahrscheinlich mit den Steuergeldern des Volkes, und es wurde ihr sogar versprochen, daß man ihr einstens eine Gedenktafel errichten werde, auf welcher ihre Verdienste und die Nation verewigt werden sollten.

Auch dieser Skandal vermochte die Koalitionsregierung noch nicht zu bewegen, Polonyi fallen zu lassen und offenbar erst über Veranlassung eines höheren Faktors sah sie sich zu ihrem Leidwesen gezwungen, diese Perle von einem Staatsmanne aus dem Kabinette auszuschiffen und, wohlgemerkt, noch in allen Ehren. Wenn ich dies alles hier erwähne, so will ich damit nur dartun, daß es nicht zu den Annehmlichkeiten gehört und auch nicht allein in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch für das Ansehen der österreichischen Reichshälfte nur abträglich! sein kann, mit dieser Art ungarischer Staatsmänner alle 10 Jahre über Wohl und Wehe der Monarchie langwierige Verhandlungen zu pflegen. (Abg. Dressel: Und schließlich nachgeben zu müssen.)

Es ist keine Aussicht vorhanden, daß die in Ungarn herrschende Clique sobald abtreten werde

vom Schauplatze ihrer Tätigkeit. Es wäre denn, daß man sich an maßgebender Stelle entschließen könnte, auch in Ungarn das allgemeine gleiche Wahlrecht einzuführen und damit den vergewaltigten Nationalitäten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wodurch der Herrschaft der Koalition mit einem Schlage ein jähes Ende bereitet würde. Die Hoffnung, daß dies geschehe, ist jedoch gering.

Die Verhättschelung der ungarischen Machthaber, die aus der Verherrlichung ungarischer Rebellen früherer Zeiten gar nicht herauskommen, nimmt ihren ungestörten Fortgang.

Auch unser neuer Minister des Aeußern, Baron Aehrenthal, sah sich gleich bei seinem Amtsantritte veranlaßt, dem Klub der Unabhängigkeitspartei in Budapest eine Antrittsvisite zu machen und er fühlte auch noch das Bedürfnis, dort über eine gut österreichische, erprobt patriotische Partei abfällige Bemerkungen zu machen.

Dazu kommt noch der Umstand, daß die Machthaber in Ungarn nahezu die gesamte Presse Ungarns und einen beträchtlichen Teil der tonan-

gebenden österr. Judenpresse, sagen wir, käuflich erworben hat, was natürlich ebenfalls geeignet ist, ihre Herrschaft zu befestigen.

Ich komme nun zum Schlusse.

Im Interesse der Herbeiführung einer Stabilität sowohl in staatsrechtlicher Hinsicht als auch in Bezug auf unsere gesamte Wirtschaftspolitik wäre es zu wünschen, daß die Regierung im Sinne des Antrages des volksw. Ausschusses vorgehen würde und nur einem langfristigen, auf solider Grundlage aufgebauten, mit sicheren Garantien umgebenen Verhältnisse zustimmen würde. Es würde hiedurch auch der Gedanke eines Großösterreich wenigstens bis zu einem gewissen Grade der Verwirklichung entgegengeführt.

Möge die Regierung daher bemüht sein, dieses erstrebenswerte Ziel auf diplomatischem Wege zu erreichen. Leider fürchte ich, die Regierung werde wieder wie gewöhnlich vor den Ungarn retirieren.

Sollte dieser Weg nicht zum Ziele führen, so möge man sich an maßgebender Stelle daran erinnern, daß Ungarn in jedem Jahrhundert einmal erobert werden mußte.

(Rufe: Bravo. Sehr richtig!)

Dr. Drexel: Meine Herren! Als wir vor

mehr als drei Jahren mit der gleichen Angelegenheit und mit einem ähnlichen Antrage uns beschäftigten,

mochte man hoffen, es sei doch Aussicht auf Besserung in der nächsten Zeit vorhanden; doch wurden die letzten Dinge schlimmer als die ersten. Bei jener Gelegenheit habe ich die Bedeutung eines geeinigten Österreich-Ungarn für unsere heimische Industrie, besonders aber für unsere Arbeiterschaft eingehend besprochen. Ich muß heute keinen Satz, der damals gesprochen wurde, korrigieren, noch habe ich etwas beizufügen.

Unser Verhältnis zu Ungarn hat sich im Vergleiche zu damals nur noch verschlimmert, die Lage unserer Industrie aber hat sich im Vergleiche zu damals gebessert und das beweist mir klar, daß Ungarn nicht imstande war, seine großen Pläne bezüglich einer selbständigen Industrie durchzuführen.

Zur Sache selbst sei es mir gestattet, einige lose Gedanken - Aphorismen könnte man sie nennen - in Worte zu kleiden.

Völker und Staaten haben ihre Sturm- und Drangperioden, ihre Krankheiten, ihre Zeit des Aufsteigens und des Niederganges, manche sind ganz verschunden, manche haben schwere Zeiten überstanden und sind wieder groß geworden, ja manchmal größer als je zuvor.

13. Sitzung des Vorarlberger Landtages, IV. Session der 9. Periode 1906/7.

107

Manches Ereignis brachte große Umwälzungen; der Geschichtsforscher legt später die Ursache klar und weist auf das Verschulden derjenigen hin, welche in ihrer Zeit berufen gewesen wären, einzugreifen, um den Staatswagen die rechte Richtung zu geben. Eine kräftige Hand verstand es manchmal, in überraschender Weise scheinbar widerspenstige Kräfte demselben Ziele dienstbar zu machen.

Österreich hat infolge seiner geographischen Lage alle Voraussetzungen eines wirtschaftlichen Aufschwunges; es gleicht einem Gemälde, bei dessen Herstellung der Künstler Licht und Schatten, weiche und harte, kalte und warme Töne in schönem Verhältnisse angeordnet hat; es wäre ein Widersinn, bei der Aufteilung des väterlichen Erbes das Kunstwerk in der Mitte durchzuschneiden, um den beiden Kindern je eine Hälfte zu geben.

In jeder Familie gibt es von Zeit zu Zeit Meinungsverschiedenheiten; schwächliche Nachgiebigkeit ist wohl selten geeignet, dauernde Zufriedenheit zu schassen, sondern reizt meist den einen Teil, die Forderungen noch höher zu stellen.

Die giftig geschlossene Ehe soll unauflösbar sein. Ergeben sich zwischen den Gatten Schwierigkeiten, so dürfen sie nicht die Scheidung, sondern im Interesse der Kinder müssen sie den Frieden anstreben und bei gutem Willen beiderseits wird in den meisten Fällen die nötige Einigkeit erzielt werden. Auch Österreich und Ungarn gehören zusammen und ein Zerreißen bleibt für alle Zeit bedauerlich, ist vielleicht nie mehr gut zu machen und die Geschichte wird nachforschen, wo die Schuld liegt; sie möge niemals ihr Urteil dahin abgeben, es sei in diesem Falle Nachgiebigkeit die Ursache des Zerwürfnisses gewesen.

Dem Pferde, das ruhig und willig den rechten Weg geht, braucht man die Zügel nicht anzuziehen; ist es unsicher, muß man es besser halten; will es durchbrennen, dann ist alle Kraft notwendig und je mehr es sich bäumt, je mehr es schäumt, umso zäher und fester muß der Rosselenker es zu halten suchen.

Der politische Zustand Österreichs muß als krank bezeichnet werden und ist zweifellos chronisch geworden. Damit ist die Frage aber nur noch bedenklicher, die Heilung schwieriger, die größte Aufmerksamkeit und strengste Diät unbedingt notwendig.

Die Diagnose hat festgestellt, daß der Krankheitserreger in Ungarn liegt; dieser muß beseitigt werden, sonst wird es niemals möglich, eine vollständige Gesundung des Organismus zu erreichen.

Die moderne Chirurgie hat eine ausgesprochene Neigung, durch operative Eingriffe immer mehr den verschiedenen Krankheitserscheinungen entgegenzutreten. Alle Hochachtung vor den anerkanntswerten Erfolgen dieser Disziplin; immer ist sie zu begrüßen, wenn ein wuchernder Krankheitserreger beseitigt und so vom Blute alle weitere Verderbnis fern gehalten wird; aber immer gibt sie zu denken, wenn gleich ganze Körperteile beseitigt werden müssen, die nicht mehr zu ersetzen sind.

Vor nicht langer Zeit erklärten die Ärzte einer Klinik einem kranken Manne, es gebe für ihn nur dadurch eine Rettung vor dem sicheren Tode, wenn er beide Füße, die schwere Krankheitserscheinungen auswiesen, wegnehmen lasse. Der Mann konnte sich dazu nicht entschließen und mit langwieriger Schonung u. unter Anwendung manch schmerzlicher Kur ist ihm eine gründliche Heilung gelungen. Heute erfreut er sich nicht bloß der vollen Gesundheit, sondern auch der gesunden

Beine, während er im andern Fall für immer ein armer, hilfloser, bemitleidenswerter Mann geblieben wäre.

Mit dem Dualismus ist ein Bakzillus in den kräftigen Organismus unseres Staates eingeschmuggelt worden, von einem inneren Siechtum kann noch nicht gesprochen werden; die Knochen sind nicht angegriffen, einzelne Eiterbeulen und ein übler Ausschlag, der über einen großen Teil des Körpers sich erstreckt, mahnt zu ernster Vorsicht, aber eine Amputierung der kranken Teile darf erst zuletzt in Betracht gezogen werden, vorerst gibt es noch andere Mittel; sie mögen schwieriger und schmerzlicher sein als eine gründliche Lostrennung unter Narkose, sind aber in jedem Fall vorzuziehen, solange noch irgend eine Hoffnung besteht, das Ganze zu erhalten.

In den meisten Fällen wünscht der Kranke gerade das, was die Vorschriften einer vernünftigen Diät verbieten; Nachgiebigkeit ist in diesem Falle eine Versündigung, und wenn der Kranke noch so entschieden etwas fordert oder im Fieberzustande droht - die Umgebung, der Arzt muß fest bleiben und darf sich durch nichts erweichen lassen; der Gesunde wird ihm später dafür dankbar sein.

Manche Heilmittel, besonders solche der neueren Zeit, haben die Eigenschaft einseitig zu wirken; während sie z. B. dem Herzen oder der Lunge Vorteile bringen, schädigen sie den Magen und die Verdauung. Ein vorsichtiger Arzt muß sehr überlegen, was von beiden vorwiegt. In

108

12 Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

den letzten Jahren haben unsere Politiker manche Medizinen in Anwendung gebracht, die geeignet waren, Ungarn zwar augenblicklich! zu beruhigen, Österreich aber eine Schädigung des ganzen Organismus zu bringen.

Dem Fiebernden legt man zuweilen den Eisbeutel auf, aber an der rechten Stelle muß es geschehen. Man soll ihn nicht Österreich auflegen, um die überhitzte Temperatur Ungarns herabzusetzen.

Das allgemeine Wahlrecht wird - so hoffen wir - Österreichs Volksvertretung neu beleben. Das wäre das erste Heilmittel, welches wir dem kranken Ungarn wünschen möchten. Die kaisertreuen Völker, die den Gedanken der Gesamtmonarchie immer festgehalten haben, würden dadurch Gelegenheit bekommen, sich zu entfalten. Die jetzige Regierung hat eine Reihe wirtschaftlicher

Reformen zu bringen versprochen, - eingehalten wurde nichts, nicht einmal auf dem Papier wurde irgendein größerer Antrag fertiggestellt. Volkswirtschaftliche Arbeit wird auch in Ungarn zur Gesundung beitragen und wird mit der Ruhe auch die Erkenntnis bringen, daß in einmütiger Gemeinschaft das Wohl aller zusammengehörigen Völker liegt. Ein energischer Arzt und ernste Arbeit für das Wohl des Volkes wird den kranken Körper gesunden lassen und den Krankheitserreger, der seit dem Jahre 1867 in unserem Staategebilde wuchert, endgiltig beseitigen; später werden wir mit Freuden auf die Zeit der schweren Krankheit und großen Gefahr zurückblicken, denn sie war auch der Anfang einer vollständigen und gründlichen Gesundung.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch weiter das Wort? -

Wenn niemand sich meldet, ist die Debatte geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Thurnher: Ich verzichte.

Regierungsvertreter: Hohes Haus! Ich

bin mit größter Aufmerksamkeit allen Ausführungen gefolgt, ohne zu sprechen, ich mußte mich nur an einem Worte stoßen, d. i. der letzte Satz, mit dem der Herr Abg. Loser seine Rede schloß. Das war ein hartes Wort, welches besser nicht gefallen wäre; denn ich meine, daß man mit einer solchen Drohung zum Frieden und zu einem dauernden innigen Verhältnisse nicht einladen kann. Daß Sie alle die Integrität der Monarchie wünschen und dafür eintreten wollen, das begrüße ich aus vollem Herzen. Das ist auch der Ausdruck dessen, was das Land Vorarlberg will. Weiter will ich mich an dieser Debatte nicht beteiligen.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? -

Ölz: Hohes Haus! Ich habe mir auch im Jahre 1903 erlaubt, einige Worte zu dem in Verhandlung stehenden Gegenstand zu sprechen. Ich bin unbedingt auch, ein Anhänger von Großösterreich und wünsche, daß es zu einem dauernden und gerechten Ausgleich komme. Ich bin immer erzürnt, wenn ich höre, man solle die Monarchie auseinanderreißen, ich bin erbost, wenn man sagt: "Los von Ungarn!" Es ist wohl geschwind ausgesprochen; dabei überlegt man aber die Folgen nicht. Wohin sollen wir kommen, wenn Österreich zerrissen wird? Wir haben dann, speziell in Vorarlberg mit unserer Industrie sehr zu leiden. Wir sollen neue Absatzgebiete suchen, die heute schwer zu finden sind. Die Ungarn sind aber auch nicht besser daran; was sollen diese mit ihren Produkten anfangen?

Wo sollen sie mit diesen hin?

Es ist zweifellos ein frevelhaftes Spiel der herrschenden Partei in Ungarn, wenn sie: "Los von Österreich" schreit und ebenso von jener, welche "Los von Ungarn" schreit.

Beisammen muß die Ehe bleiben, wie der Herr Abg. Dr. Drexel ganz richtig ausgeführt hat. Und da habe ich die Anschauung, daß, es wohl ein Mittel gäbe, mit dem sich hier etwas machen ließe. Man hat schon sovieler Jahre hindurch die verschiedensten Versuche gemacht. Schon seit 12 Jahren - haben wir vom Herrn Berichterstatter gehört - unterhandelt man, um einen Ausgleich herbeizuführen; aber es fehlt am guten Willen, und das sowohl in Ungarn als auch nach meiner Anschauung in Österreich. Hätte man bei uns einen ernsten Willen, so müßte es gehen. Würde man einmal den Nationalitäten in Ungarn nur ein klein wenig gerecht werden, mit einem Schlage wäre alles erreicht.

Es gäbe aber noch ein anderes Machtmittel und das, glaube ich, wäre leicht zu verwirklichen.

Es ist das Machtmittel des Geldes. Was haben die Ungarn, wenn sie nicht Österreich an der Seite haben? Es sind jetzt eine Unzahl von Papieren nach Ungarn zurückgeströmt. Wenn man nun auf österreichischer Seite daran gehen würde, bei der österreichisch-ungarischen Bank dahinzuwirken, daß man mehr auf österreichische als auf ungarische Verhältnisse Rücksicht nehmen würde, dann wäre es bald anders. Man muß

13. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

109

den Herrschaften. in Ungarn einfach den Kredit künden. Aber wenn es so weitergeht, wie bis heute, wo die österreichisch-ungarische Bank alljährlich über 200 Millionen Kronen Hypotheken in Ungarn plaziert, während in Zisleithanien nur 40 Millionen Kronen angelegt werden, so werden die Leute nur noch im Übermut gestärkt. Es ist endlich notwendig, daß in Österreich eine andere Ansicht Platz greife. Man muß sich bewußt sein, daß es nicht eine ungarische, sondern mindestens eine österreichisch-ungarische Bank ist. Wenn hier der Hebel angesetzt würde, so bin ich der Anschauung, daß die Herrschaften in Ungarn bald nachgeben würden. Der Herr Regierungsvertreter hat gesagt, der Herr Abg. Loser habe ein scharfes Wort gesprochen. Es ist ein scharfes Wort; aber die Geschichte bezeugt, daß es oft einmal nicht anders gegangen ist. Ich habe seinerzeit einem Abg. von Wien, dem Herrn Abg. Schneider, als er auch so etwas

sagte, erwidert: "Aber was glaubst Du denn, das kann doch nicht gehen; so etwas kann man doch nicht machen; man kann doch nicht mit den Herrschaften Krieg anfangen!" Heute stehe ich nicht mehr auf diesem Standpunkt und habe jetzt die Anschauung, man müsse, ehe die österreichisch-ungarische Monarchie zerrissen wird, mit den Waffen in Ungarn einziehen. Es muß ihnen einmal der volle Ernst gezeigt werden. Die Monarchie muß erhalten bleiben und wir Völker in Österreich haben das Recht, von den regierenden Kreisen zu verlangen, dafür zu sorgen, daß die österreichisch-ungarische Monarchie erhalten bleibe; wir haben ein Recht darauf, dieses zu verlangen; wir sind Patrioten, voll und ganz der österreichisch-ungarischen Monarchie ergeben. Wenn wir aber diesen Wunsch haben, so haben auch die obersten Herrschaften daran zu denken und Mittel und Wege zu finden, wie die Erfüllung desselben mögliche sei.

Hohes Haus! Man hat nun schon sovieler Jahre probiert und schon sovieler Versuche gemacht und ich bin auch dafür, man solle immer wieder versuchen, friedlich auszukommen, aber schließlich habe ich doch die Anschauung, daß, wenn es nicht anders geht, den Herrschaften gezeigt werden muß, daß man auch mit Gewalt etwas machen kann. Ich fürchte immer gewisse Verwicklungen, von denen Gerüchte in der Welt herumschwirren.

Sagen wir, wenn einmal Österreich von irgendeiner Seite bedroht würde, könnte es leicht sein, daß uns die Ungarn, wie sie es früher schon einmal getan haben, von hinten kommen. Ich möchte nicht solange warten und möchte auch nicht, daß es so weiter ginge, daß wir Ungarn noch

mehr Gewehre liefern, mit welchen sie schließlich auf uns schießen.

Das muß aufhören. Es muß auf diese Weise Ordnung gemacht werden, wenn es nicht friedlich geht.

Es ist nicht das Volk von Ungarn, nicht die Nation, es sind nur die Führer und diesen muß gezeigt werden, daß die österreichisch-ungarische Monarchie im Interesse von ganz Europa erhalten bleiben muß.

Landeshauptmann: Wenn niemand mehr zu sprechen wünscht, ist die Debatte geschlossen.

Hat der Herr Berichterstatter noch etwas beizufügen?

Thurnher: Nachdem vom hohen Hause gegen

den Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses keine Einwendung erhoben, sondern demselben von allen geehrten Herren Vorrednern zugestimmt wurde, habe ich keinen Anlaß mehr weiter zu

sprechen.

Landeshauptmann: Die Herren haben den

Antrag gehört und ich ersuche diejenigen Herren, welche demselben ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Einstimmig angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand und die heutige Tagesordnung erschöpft.

Ich habe dem hohen Hause noch mitzuteilen, daß unmittelbar nach Schluß der Haussitzung der volkswirtschaftliche Ausschuß hier im Saale eine Sitzung abhalten wird, in welcher die Elektrizitätsfrage behandelt wird und es werden von feite des Herrn Obmannes des volkswirtschaftlichen Ausschusses sämtliche Herren Abgeordneten eingeladen, dieser Sitzung hier beizuwohnen und an der Debatte teilzunehmen, d. h. an der Fortsetzung der vormittägigen Besprechung. Es ist mir von feite des Herrn Obmannes des Petitionsausschusses mitgeteilt worden, daß unmittelbar nach der Haussitzung eine Ausschußsitzung sei. Nachdem aber der Herr Obmann von der Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses nichts gewußt hat, da er später angekommen ist, so dürfte die Sitzung des Petitionsausschusses vielleicht besser zu einer anderen Zeit abgehalten werden.

Die nächste Sitzung beraume ich in Anbetracht dessen, daß die Behandlung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung vielleicht längere Zeit

110

13. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

in Anspruch nehmen dürfte, auf morgen vormittag um 10 Uhr an und zwar mit folgender

Tagesordnung:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Rechenschaftsbericht des Landesausschusses und die Rechnungen der einzelnen Fonde pro 1905.
2. Eingabe der Direktion der Landesirrenanstalt Valduna in Angelegenheit der Um- und Ausgestaltung der Landesirrenanstalt.

Dieser zweite Gegenstand ist ein pro memoria der Direktion, welches heute im Wege des Landesausschusses zur Vorlage an den hohen Landtag gelangt ist. Ich werde dasselbe in Druck legen lassen, damit sämtliche Herren Abgeordneten Gelegenheit

haben, vom Inhalte desselben Kenntnis
zu nehmen.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 4 Uhr 58 Minuten.)

Druck von J. N.-Deutsch, Bregenz.

Vorarlberger Landtag.

12. Sitzung

am 8. März 1907

unter dem Vorsitze des Herrn Landeshauptmanns **Adolf Rhomberg**.

gegenwärtig 22 Abgeordnete. — Abwesend die Herren: Hofwst. Bischof Dr. Bobl
und Abgeordneter Dr. Schneider.

Regierungsvertreter:

Herr **K. K. Hofrat Levin Graf Schaffgotsch**.

Beginn der Sitzung um 3 Uhr 43 Minuten nachmittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und ersuche um Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

(Vandrat v. Rag verliest dasselbe.)

Hat einer der Herren eine Einwendung gegen die Fassung des Protokolls zu erheben? —

Wenn dies nicht der Fall ist, betrachte ich dasselbe als genehmigt.

Wir kommen zur Tagesordnung. Auf derselben steht als erster Gegenstand die Regierungsvorlage betreffend einen Gesetzentwurf über die Abrogation von Privatengpässen.

Ich habe veranlaßt, daß diese Vorlage in Druck gelegt und als Beilage 49 den Herren verteilt wird. Ich glaube daher, in bezug auf die formelle Behandlung den Antrag stellen zu können, daß dieser Gegenstand dem landwirtschaft-

lichen Ausschusse zur Vorberatung überwiesen werde. Wird eine Einwendung dagegen erhoben?

Es ist nicht der Fall.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Landesausschusses in Sachen der Fortsetzung der Aufforstungsarbeiten am Arlberg durch weitere Uebernahme des hiezu seitens der Fraktion Stuben geleisteten Betrages auf das Land.

Ich bitte den Herrn Landeshauptmannstellvertreter, das Präsidium zu übernehmen.

(Der Landeshauptmannstellvertreter übernimmt das Präsidium.)

Landeshauptmann-Stellvertreter: Der Herr Landeshauptmann ist Berichterstatter in dieser Angelegenheit, ich erteile ihm das Wort.

Alhornberg: Der Bericht des Landesausschusses ist schon seit einigen Tagen in den Händen der Herren Abgeordneten, ich kann daher von einer Verlesung desselben Umgang nehmen und beschränke mich auf einige kurze Bemerkungen als Erläuterungen zu demselben. Es ist im vorliegenden Berichte über die Aufforstungsarbeiten und die Fortsetzung derselben im Gebiete von Stuben nicht jener Betrag ins Auge gefaßt, den der hohe Landtag für eine Reihe von Jahren beim Beginn der Aufforstungen votiert hat. Dieser Betrag von jährlich 96 K ist erst im Jahre 1910 als Termin für die Bezahlung erloschen. Hier handelt es sich vielmehr um die Uebernahme jenes Äquivalents, welches die Interessenten der Parzelle Stuben bei der betreffenden kommissionellen Verhandlung im Jahre 1891 zugesichert haben, welches Äquivalent die Parzelle dann, wie im Berichte erwähnt, schon nach wenigen Jahren nicht mehr zu leisten imstande war. Deshalb hat damals das Land durch einen eigenen Landtagsbeschluss vom 19. Januar 1894 auch diesen Betrag für eine Anzahl von Jahren (10 Jahre) auf sich genommen. Dieser Termin ist nun abgelaufen und es handelt sich um die weitere Uebernahme dieses Äquivalents, welches die Interessenten der Parzelle Stuben früher übernommen hatten, auf das Land. Die Aufforstung ist nach dem Berichte der k. k. Bezirkshauptmannschaft Bludenz und nach teilweiser eigener Wahrnehmung trotz der eminenten Schwierigkeiten, welche derselben infolge der klimatischen Verhältnisse und der rauhen Lage entgegenstanden, doch in recht befriedigender Weise fortgeschritten. Es wurden zuerst in jenem Walde, welcher oberhalb des Tunnels von Langen sich erhebt, die Blößen aufgeforschet, nachdem zu allererst einige Jahre hindurch eine große Anzahl von Pflanzen in eigens dort errichteten Pflanzgärten für das dortige Klima erzogen worden waren.

Im Anschluß an diesen Wald wurde dann auf der Stubiger Alpe, die sich bis zur Ortschaft Stuben selbst hinzieht, eine Reihe von Flächen der Aufforstung unterzogen. Wenn man bedenkt, wie kurz in diesen Gegenden die Sommerzeit sich gestaltet, wie im Winter riesige Schneemassen und Lawinen zutage treten und wie auch die Witterungsunbill den Pflanzen außerordentlich schadet, so muß man sehr froh sein, daß das bisherige Resultat ein sichtbares ist. Dasselbe wäre trotzdem beinahe gegenstandslos zu nennen, wenn nicht die Aufforstungen noch durch längere Zeit fortgesetzt würden. Erst dann wird es möglich sein, einen Ueberblick über das Ganze zu gewinnen und mit der Zeit auch einen Waldstand

zu sichern. Daß eine Aufforstung ein günstiges Resultat auch in sonst sehr wilden Gegenden haben kann, beweist die Aufforstung der Staatsbahn an den Lehnen des Blisadonnatobel's, wo nicht bloß für den Lawinenschutz eigene Verflechtungen und Bauten hergestellt wurden, sondern wo auch in großer Höhe bei stark abschüssigem und schlechtem Terrain bis dato mit einigem Erfolg eine Aufforstung mit Ahornpflanzen erreicht wurde. Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Mostertal durch die totale Abholzung des Arlberges und der benachbarten Lehnen, wie sie in früheren Jahrhunderten erfolgt ist, ein viel schlechteres Klima bekommen hat, als es früher gewesen ist, und alle jene, die im Mostertale bekannt sind oder in demselben wohnen, wissen vom sogenannten „Peiterer“ zu erzählen, welcher oft in sehr heftiger Weise die Gegend heimsucht und die Vegetation hemmt. Es ist daher gewiß ein dankenswertes Unternehmen, diese Aufforstungen in systematischer Weise durchzuführen, und daher glaubte der Landesausschuß, diesen Antrag dem hohen Hause unterbreiten zu sollen. Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Landeshauptmann-Stellvertreter: Ich eröffne über den Bericht und den Antrag die Debatte. Wer wünscht das Wort? —

Wenn sich niemand meldet, kann ich zur Abstimmung schreiten; ich bitte die Herren, die dem Antrage zustimmen, sich zu erheben.

Einstimmig angenommen.

(Der Landeshauptmann übernimmt wieder das Präsidium.)

Landeshauptmann: Wir kommen zum dritten Gegenstande der Tagesordnung: Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch der Gemeinde Wandans um Bewilligung einer Subvention zu den Kosten der Eisenbahnzufahrtstraße.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abg. Thurnher. Ich erteile ihm das Wort.

Thurnher: Der gedruckte Bericht liegt erst seit kurzem vor, ich werde ihn daher verlesen. (Verliest Bericht und Antrag aus Beilage 41.)

Ich habe dem nichts mehr beizufügen, sondern ich bitte um Annahme des Antrages.

Landeshauptmann: Wünscht jemand zum Bericht und Antrag das Wort zu nehmen? —

Wenn dies nicht der Fall ist, schreite ich zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Herren, welche dem Antrag zustimmen, sich gefälligst zu erheben.

Angenommen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung: Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Herren Abg. Thurnher und Genossen in Sachen des Verhältnisses Oesterreichs zu Ungarn.

Zum Berichterstatter in dieser Angelegenheit hat der volkswirtschaftliche Ausschuss den Herrn Abg. Thurnher gewählt. Ich ersuche ihn, das Wort zu nehmen.

Thurnher: Bei der Wichtigkeit der Sache glaube ich, daß ich den Wortlaut des Berichtes dem hohen Hause zur Verlesung bringen muß.

(liest Bericht und Antrag aus Beilage 47.)

Zu diesem Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses habe ich nur noch wenig zu beifügen:

Ich habe in der Session des Jahres 1896 anlässlich der Begründung eines von mir und einer großen Anzahl anderer Abgeordneten in Angelegenheit des österreichisch-ungarischen Ausgleichs eingebrachten Antrages darauf hingewiesen, daß alle patriotisch gesinnten Oesterreicher den im Jahre 1867 abgeschlossenen ersten Ausgleich mit tiefem Bedauern und mit großer Besorgnis für die Zukunft der Monarchie zur Kenntnis genommen haben und daß die Zeitgenossen jenem Staatsmann, der am meisten dazu beitrug, daß die Forderungen der Ungarn in solchem Ausmaße berücksichtigt wurden, nämlich dem Grafen Beust den nicht gerade schmeichelhaften Titel, der „Totengräber Oesterreichs“ beilegte.

Es ist damals bei den Beratungen des Landtages vom Jahre 1896 die finanzielle Benachteiligung Oesterreichs durch den Ausgleich eingehend erörtert worden. Es wurde hingewiesen auf die ursprüngliche Quote von 70:30, auf die Verwendung der Zolleinnahmen zu den gemeinsamen Angelegenheiten, was hinsichtlich dieser Post einer Belastung unserer Reichshälfte im Verhältnis von 86:14 gleichkommt, auf die geringen Beiträge Ungarns zur Tilgung der gemeinsamen Staatsschuld, nämlich 3 Millionen Kronen pro Jahr, auf die verhältnismäßig ebenfalls geringe Summe von 60 Millionen, die Ungarn pro Jahr für Verzinsung der allgemeinen Schuld übernahm usw.

In dem dem hohen Hause jetzt vorliegenden Berichte wird mit Recht darauf hingewiesen, daß

die Art und Weise der Handhabung der Ausgleichspunktionen seit jeher eine unsere Reichshälfte schädigende war. Diese Handhabung bzw. Durchführung der Ausgleichsbestimmungen dürfte wohl noch mehr zur Aufregung, Unzufriedenheit und Erbitterung der Bevölkerung beigetragen haben als der uns schädigende Inhalt der abgeschlossenen Ausgleichs selbst.

Seit der ersten Behandlung der Ausgleichsangelegenheit in unserm Landtage haben sich die Verhältnisse nicht gebessert, sondern sicher noch verschlechtert. Alle seither gepflogenen Verhandlungen haben bisher zu keinem Abschlusse geführt; die jetzt aus Ruher gekommene Kossuthpartei, genannt Unabhängigkeitspartei, arbeitet planmäßig und unentwegt an der Trennung, angeblich zwar nur auf wirtschaftlichem Gebiete, in Wahrheit aber an der vollen Losreißung Ungarns von der Monarchie. Rüttelt diese Partei ja sogar mit frevelnder Hand an den Grundlagen des pragmatischen Verhältnisses der beiden Reichshälften. Dieses ohnedem nicht zu starke Band soll zerrissen werden und die schon weithin sichtbaren Spuren der darauf hingeworfenen Arbeit zeigen sich in den ungestümen Forderungen nach einer eigenen Armee und einer Aenderung der Vertretung der Monarchie nach Außen, und würden sicher bis zur vollen Losrennung Ungarns von der Monarchie fortgesetzt werden.

So weit darf es aber nicht kommen; ein zweites Norwegen darf nicht entstehen. Wir müssen den Spieß, der gegen uns gerichtet ist, umbrehen. Durch das frevelhafte Attentat Ungarns auf die Gesamtmonarchie, durch das Hinarbeiten auf Vernichtung der das pragmatische Verhältnis regelnden Normen beraubt sich Ungarn selbst, wie bereits im Berichte ausgeführt ist, seiner ihm durch den Ausgleich und die 1867er Gesetze gewährleisteten, verfassungsmäßigen Rechte, indem es die zu Recht bestehenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen brechen will, vielleicht auch wirklich bricht und sich dadurch in ein Chaos der Rechtslosigkeit stürzt. Wenn Ungarn die einen Teil seiner Verfassung bildenden 1867er Gesetze selbst nicht einhalten will oder nicht einhalten sollte, so kann es auch von keinem andern Faktor verlangen, daß er dieselben einhalte oder gar andere einseitig an deren Stelle gesetzte Bestimmungen anerkenne.

Zweifellos würde eine solche durch Ungarn geschaffene Lage dem Gesamtreiche die tiefsten Wunden schlagen, ja verhängnisvoll für dasselbe werden, aber die schwersten Wunden würde sich Ungarn gewiß selbst beibringen.

Wir Vorarlberger und mit uns viele Tausende von patriotisch gesinnten Oesterreichern stimmen nicht in den Ruf ein: „Los von Ungarn“, sondern wir fordern einen festern Zusammenschluß der beiden Reichshälften auf gerechter dauernder Grundlage.

Wer sich der Aufrechterhaltung der Integrität der Gesamtmonarchie entgegenstellt, wer die diese Integrität schützenden Gesetze zu beseitigen sucht oder beseitigt, der ist ein Feind unserer alien, ehrwürdigen, an Kraft und Siegen reichen Habsburgermonarchie und soll, wenn Gesetz, Vernunft und der Selbsterhaltungstrieb ihn nicht mehr zu besserer Einsicht führen sollten, auch entsprechend als Feind behandelt werden.

Und nun empfehle ich dem hohen Hause die Annahme des vorliegenden Antrages.

Landeshauptmann: Ich eröffne über den Bericht und Antrag die Debatte.

Der Herr Abgeordnete Loser hat das Wort.

Loser: Hohes Haus! Wenn ich mich zu dem in Verhandlung stehenden Gegenstande zum Worte gemeldet habe, so geschah es nicht, um gegen den Bericht und Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses oder gegen die mündlichen Ausführungen des Berichterstatters etwas einzuwenden.

Im Gegenteil, ich bin ganz einverstanden damit, daß die Regierung aufgefordert wird, sich nur auf Verhandlungen einzulassen, die ein langfristiges, auf solider Grundlage aufgebautes und mit sicheren Garantien umgebenes Verhältnis mit Ungarn bezwecken, bei welchen jedoch die Interessen unserer Reichshälfte besser gewahrt werden als bisher.

Und ich möchte nur wünschen, daß die Regierung diese Aufforderung beherzigen und befolgen würde. Denn so wie bisher kann es in Bezug auf das Verhältnis zu Ungarn einfach nicht mehr weiter gehen.

Als im Jahre 1867 über Betreiben der Ungarn und mit Hilfe des damaligen liberalen Ministeriums Beust die Zweiteilung der Monarchie erfolgte, haben weiterblickende Politiker und treue Patrioten dies sowohl vom staatsrechtlichen als auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus als ein Unglück für das Reich bezeichnet.

Und wer wollte angesichts der unheilvollen innerpolitischen Wirren, in denen wir uns seit Jahr und Tag befinden, behaupten, daß dieses Urteil, insofern es unsere Reichshälfte betrifft, nicht voll und ganz zutreffend wäre?

Schon bei Schaffung des ersten Ausgleiches im Jahre 1867 haben wir besonders dadurch, daß

wir zur Zahlung von 70 Prozent und die Ungarn zu nur 30 Prozent zu den gemeinsamen Ausgaben verpflichtet wurden, bedeutend den Kürzern gezogen und wir sind dort bei der jedesmaligen Erneuerung des Ausgleichs neuerdings über's Ohr gehauen worden.

Ungeachtet des wirtschaftlichen Aufschwunges, der sich in Ungarn vollzogen und mit dem die Herren Magyaren besonders zurzeit der Millenniumsausstellung vor ganz Europa so sehr prunkten, ist dieses Verhältnis im Laufe der Jahrzehnte doch nur um einige wenige Prozente, nämlich 66 zu 34 korrigiert worden.

Dazu kommt noch die später getroffene Bestimmung, daß sämtliche Zolleinnahmen im Betrage von weit über 100 Millionen Kronen zur Bestreitung der Auslagen für gemeinsame Angelegenheiten verwendet werden, von welchen Zolleinnahmen 86 Prozent in Oesterreich und nur 14 Prozent in Ungarn eingehen.

Wenn man österreichischerseits dies alles hingenommen hat und wenn weite Volkskreise sich nicht vom Schlagworte des Tages beeinflussen ließen und nicht einstimmten in den von radikaler Seite erhobenen Ruf nach vollständiger Trennung, so hat dies seine gute Begründung.

Dieser Grund liegt in der allgemeinen Erkenntnis, daß die beiden Reichshälften gleichsam von Natur aus aufeinander angewiesen sind, und daß eine völlige Trennung für beide Teile nur von großem Nachteile wäre.

Er liegt in der weiteren Erkenntnis, daß eine vollständige Trennung und die Einführung der Personalunion einer Zertrümmerung des Reiches gleich käme und in späterer Folge einer Aufteilung desselben im Sinne des Programmes der alldeutschen Landesverräter.

Wenn man diese Trennung also aus guten Gründen nicht befürwortet, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß es etwa bei den bisherigen Zuständen bleiben soll.

Im Gegenteil, und es kommt dies auch im Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses genau zum Ausdruck.

An Stelle des Ausgleiches soll ein langfristiges, auf solider Grundlage aufgebautes und mit sicheren Garantien umgebenes Verhältnis treten.

Die Hauptbetonung wird im Hinblick darauf, daß die ungarische Regierung sich wiederholt in rücksichtsloser Weise über die Ausgleichsbestimmungen hinweggesetzt hat, auf die Worte „sichere Garantien“ zu legen sein.

Diese Forderung ist im gegenwärtigen Zeitpunkte in Rücksicht auf die interessante politische

Entwicklung in Ungarn doppelt berechtigt, ja sie ist ein Gebot der Notwendigkeit.

Die Einrichtung, daß all die Bestimmungen, die unser ganzes Wirtschaftsleben betreffen, wie die Festsetzung der Quote zu den gemeinsamen Ausgaben, das Zoll- und Handelsbündnis, das Bank-, Tarif- und Veterinärwesen usw. alle 10 Jahre erneuert werden müssen, ist unhaltbar geworden. Diese Einrichtung bedeutet eine fortwauernde Unsicherheit und eine empfindliche Schädigung unseres gesamten Wirtschaftslebens.

Dazu kommt noch der weitere Umstand, daß die sich alle 10 Jahre wiederholende Neuregelung immer nur mit schweren Opfern und unter Gewährung der bedenklichsten Konzessionen nach mehrfacher Richtung bewerkstelligt werden konnte.

Ich erinnere hier nur an die berüchtigten Sprachenverordnungen des Grafen Badeni, welche so verheerende Wirkungen zur Folge hatten. Diese Sprachenverordnungen unglückseligen Andenkens waren nichts anderes, als eine Konzession, ein Schacherobjekt an die Jungtschechen, um dieselben für die damaligen Ausgleichsvorlagen zu gewinnen.

Womöglich noch größere Konzessionen mußten natürlich auch den Ungarn gewährt werden. Wenn dies aber schon in früheren Zeiten der Fall gewesen ist, um wie viel mehr erst jetzt, da die königlich ungar. Regierung aus den verbissensten Feinden Oesterreichs zusammengesetzt ist.

Im Reiche der Stephanskronen hat sich nämlich vor nicht gar langer Zeit etwas ereignet, was man eigentlich vor 10 Jahren noch für unmöglich gehalten hätte.

Dem Herrn Franz Kossuth, dem würdigen Sohne des alten 48er Revolutionärs, der sich mit einigen revoltierenden Adelsgeschlechtern koalitiert hat, ist nämlich die Regierung des Landes übertragen worden. An der Spitze des famosen Koalitionskabinetts steht zwar Dr. Alex. Wekerle, allein die Seele des Kabinetts ist Erzellenz Kossuth. Dieser Mann und seine zweifelhaften Freunde haben es schon zu einer Zeit, als sie noch in der Opposition waren, verstanden, Oesterreich nicht nur zu verhöhnern (Kossuth nannte es einst eine alte Bettel), sondern auch auf das empfindlichste zu schädigen.

Es ist einleuchtend, daß diese Herrschaften, denen zuliebe man die Gemeinsamkeit Stück für Stück preisgegeben, sowie die Einheitlichkeit der Armee auf das bedenklichste gelockert, nunmehr zur Regierung gelangt, ihre Erpresserpolitik in erhöhtem Maße und mit noch größerem Erfolge fortsetzen. Bekanntlich ist es ihnen denn auch gelungen, an maßgebender Stelle, wo man sich

dieser Erpresserpolitik gegenüber immer schwach gezeigt hat, die Zustimmung zur Einbringung des selbständigen Zolltarifes zu erwirken, was den Sturz des kurzlebigen Ministeriums Hohenlohe zur Folge hatte und sie sind nunmehr auf dem besten Wege, die ungarische Kommandosprache zu bekommen und die Zerteilung der Armee. Zwar hatte es vor einiger Zeit den Anschein, als ob die Koalitionsherrlichkeit in die Brüche gehen wolle, und daß die Regierung das Feld räumen müsse. Und in jedem andern konstitutionellen Staate wäre die Regierung nach dem widerlichen Polonji-Skandal, welcher uns in einen Abgrund politischer Verderbtheit schauen ließ, einfach unmöglich gewesen.

Dieser politische Hochstapler Polonji spielte schon seit langer Zeit eine hervorragende Rolle in der Unabhängigkeitspartei und zählte bekanntlich zu deren Hauptern. Schon vor mehreren Jahren kam er gleichsam als Geschäftsträger der genannten Partei nach Wien, um dort mit der deutschen Volkspartei in deren Klublokal im Abgeordnetenhaus, sowie später in einem bekannten Wiener Hotel über die Zerteilung der Armee und Einführung der Personalunion Verhandlungen zu pflegen und er fand bekanntlich dort williges Gehör. Beide Teile, sowohl deutsche Volkspartei als Polonji, haben den Weg gefunden zu den Höhen der politischen Macht. Polonji ging zwar vorübergehend noch eine Zeitlang unter die Majestätsbeleidiger, wurde aber bald darauf in den Rat der Krone berufen, wo er als Justizminister und Hüter der Gesetze nicht nur die nichtmagharischen Nationalitäten drangsalieren, sondern auch das Strafverfahren gegen sich selbst einstellen konnte.

Erst als der Mann zu hohem Amte und Würden emporgestiegen, lernte man in weitesten Kreisen dessen Vielseitigkeit kennen. Er wurde mit den anrühmlichsten Sachen in Verbindung gebracht und ihm wurde nachgewiesen, daß er seine öffentliche Stellung in gewissenloser Weise mißbraucht hatte, um für sich materielle Vorteile herauszuschlagen, ja, daß er ein gewöhnlicher Erpresser sei. Der Mann blieb indessen unverdrossen auf seinem Ministerstuhl und die übrigen Kollegen im Kabinett erklärten sich mit ihm solidarisch.

Nun drang eine neue ganz niedliche Geschichte in die Öffentlichkeit, deren Mittelpunkt eine Dame aus der Halbwelt bildete, nämlich die bekannte Baroin Schönberger, die früher den reizenden Namen Rosa Wallerstein führte. Es wurde unwiderlegbar nachgewiesen, daß Polonji mit Wissen und Zustimmung der Erzellenzen Kossuth und Apponyi sich dieser Dame mit ihrem be-

makelten Vorleben bediente, um sie als Spionin beim Hof zu verwenden. Es wurde ihr die Aufgabe zuteil, die dort bezüglich der Koalition und deren Forderungen an kompetenter Stelle herrschende Stimmung zu erforschen und die Koalition hierüber auf dem Laufenden zu erhalten. Tatsächlich gelang es diesem Weibe durch ihre Beziehungen, bei Hof Zutritt zu erhalten und sie spielte die ihr zugewiesene Rolle zur Zufriedenheit ihrer Auftraggeber. Dafür wurde sie reichlich belohnt, wahrscheinlich mit den Steuergeldern des Volkes, und es wurde ihr sogar versprochen, daß man ihr einstens eine Gedenktafel errichten werde, auf welcher ihre Verdienste um die Nation verewigt werden sollten.

Auch dieser Skandal vermochte die Koalitionsregierung noch nicht zu bewegen, Polsonji fallen zu lassen und offenbar erst über Veranlassung eines höheren Faktors sah sie sich zu ihrem Leidwesen gezwungen, diese Perle von einem Staatsmanne aus dem Kabinette auszuschiffen und, wohl gemerkt, noch in allen Ehren. Wenn ich dies alles hier erwähne, so will ich damit nur dartun, daß es nicht zu den Unnehmlichkeiten gehört und auch nicht allein in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch für das Ansehen der österreichischen Reichshälfte nur abträglich sein kann, mit dieser Art ungarischer Staatsmänner alle 10 Jahre über Wohl und Wehe der Monarchie langwierige Verhandlungen zu pflegen. (Hbg. Drexel: Und schließlich nachgeben zu müssen.)

Es ist keine Aussicht vorhanden, daß die in Ungarn herrschende Clique sobald abtreten werde vom Schauplatz ihrer Tätigkeit. Es wäre denn, daß man sich an maßgebender Stelle entschließen könnte, auch in Ungarn das allgemeine gleiche Wahlrecht einzuführen und damit den vergewaltigten Nationalitäten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wodurch der Herrschaft der Koalition mit einem Schlage ein jähes Ende bereitet würde. Die Hoffnung, daß dies geschehe, ist jedoch gering. Die Verhätzelung der ungarischen Machthaber, die aus der Verherrlichung ungarischer Rebellen früherer Zeiten gar nicht herauskommen, nimmt ihren ungestörten Fortgang.

Auch unser neuer Minister des Außern, Baron Mehrenthal, sah sich gleich bei seinem Amtsantritt veranlaßt, dem Klub der Unabhängigkeitspartei in Budapest eine Antrittsvisite zu machen und er fühlte auch noch das Bedürfnis, dort über eine gut österreichische, erprobt patriotische Partei abfällige Bemerkungen zu machen.

Dazu kommt noch der Umstand, daß die Machthaber in Ungarn nahezu die gesamte Presse Ungarns und einen beträchtlichen Teil der tonan-

gebenden österr. Judenpresse, sagen wir, käuflich erworben hat, was natürlich ebenfalls geeignet ist, ihre Herrschaft zu befestigen.

Ich komme nun zum Schlusse.

Im Interesse der Herbeiführung einer Stabilität sowohl in staatsrechtlicher Hinsicht als auch in Bezug auf unsere gesamte Wirtschaftspolitik wäre es zu wünschen, daß die Regierung im Sinne des Antrages des volksw. Ausschusses vorgehen würde und nur einem langfristigen, auf solider Grundlage aufgebauten, mit sicheren Garantien umgebenen Verhältnisse zustimmen würde. Es würde hiedurch auch der Gedanke eines Großösterreich wenigstens bis zu einem gewissen Grade der Bewirklichung entgegengeführt.

Möge die Regierung daher bemüht sein, dieses erstrebenswerte Ziel auf diplomatischem Wege zu erreichen. Leider fürchte ich, die Regierung werde wieder wie gewöhnlich vor den Ungarn retieren.

Sollte dieser Weg nicht zum Ziele führen, so möge man sich an maßgebender Stelle daran erinnern, daß Ungarn in jedem Jahrhundert einmal erobert werden mußte.

(Rufe: Bravo. Sehr richtig!)

Dr. Drexel: Meine Herren! Als wir vor mehr als drei Jahren mit der gleichen Angelegenheit und mit einem ähnlichen Antrage uns beschäftigten, mochte man hoffen, es sei doch Aussicht auf Besserung in der nächsten Zeit vorhanden; doch wurden die letzten Dinge schlimmer als die ersten. Bei jener Gelegenheit habe ich die Bedeutung eines geeinigten Oesterreich-Ungarn für unsere heimische Industrie, besonders aber für unsere Arbeiterschaft eingehend besprochen. Ich muß heute keinen Satz, der damals gesprochen wurde, korrigieren, noch habe ich etwas beizufügen.

Unser Verhältnis zu Ungarn hat sich im Vergleich zu damals nur noch verschlimmert, die Lage unserer Industrie aber hat sich im Vergleich zu damals gebessert und das beweist mir klar, daß Ungarn nicht imstande war, seine großen Pläne bezüglich einer selbständigen Industrie durchzuführen.

Zur Sache selbst sei es mir gestattet, einige lose Gedanken — Aphorismen könnte man sie nennen — in Worte zu kleiden.

Völker und Staaten haben ihre Sturm- und Drangperioden, ihre Krankheiten, ihre Zeit des Aufsteigens und des Niederganges, manche sind ganz verschunden, manche haben schwere Zeiten überstanden und sind wieder groß geworden, ja manchmal größer als je zuvor.

Manches Ereignis brachte große Umwälzungen; der Geschichtsforscher legt später die Ursache klar und weist auf das Verschulden derjenigen hin, welche in ihrer Zeit berufen gewesen wären, einzugreifen, um dem Staatswagen die rechte Richtung zu geben. Eine kräftige Hand verstand es manchmal, in überraschender Weise scheinbar widerspenstige Kräfte demselben Ziele dienstbar zu machen.

Oesterreich hat infolge seiner geographischen Lage alle Voraussetzungen eines wirtschaftlichen Aufschwunges; es gleicht einem Gemälde, bei dessen Herstellung der Künstler Licht und Schatten, weiche und harte, kalte und warme Töne in schönem Verhältnisse angeordnet hat; es wäre ein Widerfynn, bei der Aufteilung des väterlichen Erbes das Kunstwerk in der Mitte durchzuschneiden, um den beiden Kindern je eine Hälfte zu geben.

In jeder Familie gibt es von Zeit zu Zeit Meinungsverschiedenheiten; schwächliche Nachgiebigkeit ist wohl selten geeignet, dauernde Zufriedenheit zu schaffen, sondern reizt meist den einen Teil, die Forderungen noch höher zu stellen.

Die giltig geschlossene Ehe soll unauflösbar sein. Ergeben sich zwischen den Gatten Schwierigkeiten, so dürfen sie nicht die Scheidung, sondern im Interesse der Kinder müssen sie den Frieden anstreben und bei gutem Willen beiderseits wird in den meisten Fällen die nötige Einigkeit erzielt werden. Auch Oesterreich und Ungarn gehören zusammen und ein Zerreißen bleibt für alle Zeit bedauerlich, ist vielleicht nie mehr gut zu machen und die Geschichte wird nachforschen, wo die Schuld liegt; sie möge niemals ihr Urteil dahin abgeben, es sei in diesem Falle Nachgiebigkeit die Ursache des Zerwürfnisses gewesen.

Dem Pferde, das ruhig und willig den rechten Weg geht, braucht man die Zügel nicht anzuziehen; ist es unsicher, muß man es besser halten; will es durchbrennen, dann ist alle Kraft notwendig und je mehr es sich bäumt, je mehr es schäumt, umso zäher und fester muß der Kesselenker es zu halten suchen.

Der politische Zustand Oesterreichs muß als krank bezeichnet werden und ist zweifellos chronisch geworden. Damit ist die Frage aber nur noch bedenklicher, die Heilung schwieriger, die größte Aufmerksamkeit und strengste Diät unbedingt notwendig.

Die Diagnose hat festgestellt, daß der Krankheitserreger in Ungarn liegt; dieser muß beseitigt werden, sonst wird es niemals möglich, eine

vollständige Gesundung des Organismus zu erreichen.

Die moderne Chirurgie hat eine ausgesprochene Neigung, durch operative Eingriffe immer mehr den verschiedenen Krankheitserscheinungen entgegenzutreten. Alle Hochachtung vor den anerkanntenswerten Erfolgen dieser Disziplin; immer ist sie zu begrüßen, wenn ein wuchernder Krankheitserreger beseitigt und so vom Blute alle weitere Verderbnis fern gehalten wird; aber immer gibt sie zu denken, wenn gleich ganze Körperteile beseitigt werden müssen, die nicht mehr zu ersetzen sind.

Vor nicht langer Zeit erklärten die Aerzte einer Klinik einem kranken Manne, es gebe für ihn nur dadurch eine Rettung vor dem sicheren Tode, wenn er beide Füße, die schwere Krankheitserscheinungen aufwiesen, wegnehmen lasse. Der Mann konnte sich dazu nicht entschließen und mit langwieriger Schonung u. unter Anwendung manch schmerzlicher Kur ist ihm eine gründliche Heilung gelungen. Heute erfreut er sich nicht bloß der vollen Gesundheit, sondern auch der gesunden Beine, während er im andern Fall für immer ein armer, hilfloser, bemitleidenswerter Mann geblieben wäre.

Mit dem Dualismus ist ein Bakillus in den kräftigen Organismus unseres Staates eingeschmuggelt worden, von einem inneren Siechtum kann noch nicht gesprochen werden; die Knochen sind nicht angegriffen, einzelne Eiterbeulen und ein übler Ausschlag, der über einen großen Teil des Körpers sich erstreckt, mahnt zu erster Vorsicht, aber eine Amputation der kranken Teile darf erst zuletzt in Betracht gezogen werden, vorerst gibt es noch andere Mittel; sie mögen schwieriger und schmerzlicher sein als eine gründliche Lostrennung unter Narkose, sind aber in jedem Fall vorzuziehen, solange noch irgend eine Hoffnung besteht, das Ganze zu erhalten.

In den meisten Fällen wünscht der Kranke gerade das, was die Vorschriften einer vernünftigen Diät verbieten; Nachgiebigkeit ist in diesem Falle eine Verfündigung, und wenn der Kranke noch so entschieden etwas fordert oder im Fieberzustande droht — die Umgebung, der Arzt muß fest bleiben und darf sich durch nichts erweichen lassen; der Gesunde wird ihm später dafür dankbar sein.

Manche Heilmittel, besonders solche der neueren Zeit, haben die Eigenschaft einseitig zu wirken; während sie z. B. dem Herzen oder der Lunge Vorteile bringen, schädigen sie den Magen und die Verdauung. Ein vorsichtiger Arzt muß sehr überlegen, was von beiden vorwiegt. In

den letzten Jahren haben unsere Politiker manche Medicinen in Anwendung gebracht, die geeignet waren, Ungarn zwar augenblicklich zu beruhigen, Oesterreich aber eine Schädigung des ganzen Organismus zu bringen.

Dem Fiebernden legt man zuweilen den Eisbeutel auf, aber an der rechten Stelle muß es geschehen. Man soll ihn nicht Oesterreich auflegen, um die überhitzte Temperatur Ungarns herabzusetzen.

Das allgemeine Wahlrecht wird — so hoffen wir — Oesterreichs Volksvertretung neu beleben. Das wäre das erste Heilmittel, welches wir dem kranken Ungarn wünschen möchten. Die kaisertreuen Völker, die den Gedanken der Gesamtmonarchie immer festgehalten haben, würden dadurch Gelegenheit bekommen, sich zu entsalten. Die jetzige Regierung hat eine Reihe wirtschaftlicher Reformen zu bringen versprochen, — eingehalten wurde nichts, nicht einmal auf dem Papier wurde irgendein größerer Antrag fertiggestellt. Volkswirtschaftliche Arbeit wird auch in Ungarn zur Gesundung beitragen und wird mit der Ruhe auch die Erkenntnis bringen, daß in einmütiger Gemeinschaft das Wohl aller zusammengehörigen Völker liegt. Ein energischer Arzt und ernste Arbeit für das Wohl des Volkes wird den kranken Körper gesunden lassen und den Krankheitserreger, der seit dem Jahre 1867 in unserem Staatengebilde wuchert, endgiltig beseitigen; später werden wir mit Freuden auf die Zeit der schweren Krankheit und großen Gefahr zurückblicken, denn sie war auch der Anfang einer vollständigen und gründlichen Gesundung.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch weiter das Wort? —

Wenn niemand sich meldet, ist die Debatte geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Thurnher: Ich verzichte.

Regierungsvertreter: Hohes Haus! Ich bin mit größter Aufmerksamkeit allen Ausführungen gefolgt, ohne zu sprechen, ich mußte mich nur an einem Worte stoßen, d. i. der letzte Satz, mit dem der Herr Abg. Voser seine Rede schloß. Das war ein hartes Wort, welches besser nicht gefallen wäre; denn ich meine, daß man mit einer solchen Drohung zum Frieden und zu einem dauernden innigen Verhältnisse nicht einladen kann. Daß Sie alle die Integrität der Monarchie wünschen und dafür eintreten wollen, das begrüße ich aus vollem Herzen. Das ist auch der Aus-

druck dessen, was das Land Vorarlberg will. Weiter will ich mich an dieser Debatte nicht beteiligen.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? —

H: Hohes Haus! Ich habe mir auch im Jahre 1903 erlaubt, einige Worte zu dem in Verhandlung stehenden Gegenstand zu sprechen. Ich bin unbedingt auch ein Anhänger von Großösterreich und wünsche, daß es zu einem dauernden und gerechten Ausgleich komme. Ich bin immer erzürnt, wenn ich höre, man solle die Monarchie auseinanderreißen, ich bin erboßt, wenn man sagt: „Los von Ungarn!“ Es ist wohl geschwind ausgesprochen; dabei überlegt man aber die Folgen nicht. Wohin sollen wir kommen, wenn Oesterreich zerrissen wird? Wir haben dann, speziell in Vorarlberg mit unserer Industrie sehr zu leiden. Wir sollen neue Absatzgebiete suchen, die heute schwer zu finden sind. Die Ungarn sind aber auch nicht besser daran; was sollen diese mit ihren Produkten anfangen? Wo sollen sie mit diesen hin?

Es ist zweifellos ein frevelhaftes Spiel der herrschenden Partei in Ungarn, wenn sie: „Los von Oesterreich“ schreit und ebenso von jener, welche „Los von Ungarn“ schreit.

Beisammen muß die Ehe bleiben, wie der Herr Abg. Dr. Drexel ganz richtig ausgeführt hat. Und da habe ich die Anschauung, daß es wohl ein Mittel gäbe, mit dem sich hier etwas machen ließe. Man hat schon sovieler Jahre hindurch die verschiedensten Versuche gemacht. Schon seit 12 Jahren — haben wir vom Herrn Berichterstatter gehört — unterhandelt man, um einen Ausgleich herbeizuführen; aber es fehlt am guten Willen, und das sowohl in Ungarn als auch nach meiner Anschauung in Oesterreich. Hätte man bei uns einen ernstlichen Willen, so müßte es gehen. Würde man einmal den Nationalitäten in Ungarn nur ein klein wenig gerecht werden, mit einem Schlage wäre alles erreicht.

Es gäbe aber noch ein anderes Machtmittel und das, glaube ich, wäre leicht zu verwirklichen. Es ist das Machtmittel des Geldes. Was haben die Ungarn, wenn sie nicht Oesterreich an der Seite haben? Es sind jetzt eine Unzahl von Papieren nach Ungarn zurückgeströmt. Wenn man nun auf österreichischer Seite daran gehen würde, bei der österreichisch-ungarischen Bank dahinzuwirken, daß man mehr auf österreichische als auf ungarische Verhältnisse Rücksicht nehmen würde, dann wäre es bald anders. Man muß

den Herrschaften in Ungarn einfach den Kredit künden. Aber wenn es so weitergeht, wie bis heute, wo die österreichisch-ungarische Bank alljährlich über 200 Millionen Kronen Hypotheken in Ungarn plaziert, während in Bisleithanien nur 40 Millionen Kronen angelegt werden, so werden die Leute nur noch im Uebermut gestärkt. Es ist endlich notwendig, daß in Oesterreich eine andere Ansicht Platz greife. Man muß sich bewußt sein, daß es nicht eine ungarische, sondern mindestens eine österreichisch-ungarische Bank ist. Wenn hier der Hebel angefaßt würde, so bin ich der Anschauung, daß die Herrschaften in Ungarn bald nachgeben würden. Der Herr Regierungsvertreter hat gesagt, der Herr Abg. Loser habe ein scharfes Wort gesprochen. Es ist ein scharfes Wort; aber die Geschichte bezeugt, daß es oft einmal nicht anders gegangen ist. Ich habe feinerzeit einem Abg. von Wien, dem Herrn Abg. Schneider, als er auch so etwas sagte, erwidert: „Aber was glaubst Du denn, das kann doch nicht gehen; so etwas kann man doch nicht machen; man kann doch nicht mit den Herrschaften Krieg anfangen!“ Heute stehe ich nicht mehr auf diesem Standpunkt und habe jetzt die Anschauung, man müsse, ehe die österreichisch-ungarische Monarchie zerrissen wird, mit den Waffen in Ungarn einziehen. Es muß ihnen einmal der volle Ernst gezeigt werden. Die Monarchie muß erhalten bleiben und wir Völker in Oesterreich haben das Recht, von den regierenden Kreisen zu verlangen, dafür zu sorgen, daß die österreichisch-ungarische Monarchie erhalten bleibe; wir haben ein Recht darauf, dieses zu verlangen; wir sind Patrioten, voll und ganz der österreichisch-ungarischen Monarchie ergeben. Wenn wir aber diesen Wunsch haben, so haben auch die obersten Herrschaften daran zu denken und Mittel und Wege zu finden, wie die Erfüllung desselben möglich sei.

Hohes Haus! Man hat nun schon sovielen Jahre probiert und schon sovielen Versuche gemacht und ich bin auch dafür, man solle immer wieder versuchen, friedlich auszukommen, aber schließlich habe ich doch die Anschauung, daß, wenn es nicht anders geht, den Herrschaften gezeigt werden muß, daß man auch mit Gewalt etwas machen kann. Ich fürchte immer gewisse Verwicklungen, von denen Gerüchte in der Welt herumswirren.

Sagen wir, wenn einmal Oesterreich von irgendeiner Seite bedroht würde, könnte es leicht sein, daß uns die Ungarn, wie sie es früher schon einmal getan haben, von hinten kommen. Ich möchte nicht solange warten und möchte auch nicht, daß es so weiter ginge, daß wir Ungarn noch

mehr Gewehre liefern, mit welchen sie schließlich auf uns schießen.

Das muß aufhören. Es muß auf diese Weise Ordnung gemacht werden, wenn es nicht friedlich geht.

Es ist nicht das Volk von Ungarn, nicht die Nation, es sind nur die Führer und diesen muß gezeigt werden, daß die österreichisch-ungarische Monarchie im Interesse von ganz Europa erhalten bleiben muß.

Landeshauptmann: Wenn niemand mehr zu sprechen wünscht, ist die Debatte geschlossen.

Hat der Herr Berichterstatter noch etwas beizufügen? —

Thurnher: Nachdem vom hohen Hause gegen den Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses keine Einwendung erhoben, sondern demselben von allen geehrten Herren Vorrednern zugestimmt wurde, habe ich keinen Anlaß mehr weiter zu sprechen.

Landeshauptmann: Die Herren haben den Antrag gehört und ich ersuche diejenigen Herren, welche demselben ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Einmütig angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand und die heutige Tagesordnung erschöpft.

Ich habe dem hohen Hause noch mitzuteilen, daß unmittelbar nach Schluß der Hausitzung der volkswirtschaftliche Ausschuss hier im Saale eine Sitzung abhalten wird, in welcher die Elektrizitätsfrage behandelt wird und es werden von seite des Herrn Obmannes des volkswirtschaftlichen Ausschusses sämtliche Herren Abgeordneten eingeladen, dieser Sitzung hier beizuwohnen und an der Debatte teilzunehmen, d. h. an der Fortsetzung der vormittägigen Besprechung. Es ist mir von seite des Herrn Obmannes des Petitionsausschusses mitgeteilt worden, daß unmittelbar nach der Hausitzung eine Ausschusssitzung sei. Nachdem aber der Herr Obmann von der Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses nichts gewußt hat, da er später angekommen ist, so dürfte die Sitzung des Petitionsausschusses vielleicht besser zu einer anderen Zeit abgehalten werden.

Die nächste Sitzung beraume ich in Anbetracht dessen, daß die Behandlung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung vielleicht längere Zeit

in Anspruch nehmen dürfte, auf morgen vor-
mittag um 10 Uhr an und zwar mit folgender

Tagesordnung:

1. Bericht des Finanzausschusses über den
Rechenschaftsbericht des Landesausschusses
und die Rechnungen der einzelnen Fonde
pro 1905.
2. Eingabe der Direktion der Landesirrenanstalt
Balduna in Angelegenheit der Um- und
Ausgestaltung der Landesirrenanstalt.

Dieser zweite Gegenstand ist ein pro memoria
der Direktion, welches heute im Wege des Landes-
ausschusses zur Vorlage an den hohen Landtag
gelangt ist. Ich werde dasselbe in Druck legen
lassen, damit sämtliche Herren Abgeordneten Ge-
legenheit haben, vom Inhalte desselben Kenntnis
zu nehmen.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 4 Uhr 58 Minuten.)